

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meißen und Dresden-Altsadt.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 1,00 M., durch die Post-  
verwaltung 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
10,00 M., für Ausland 12,00 M.  
Telegraphische Adressen: Dresden 2201

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201.  
Druckerei: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201.  
Telegraphische Adressen: Dresden 2201.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Normalzeile 3,00 M., Familienanzeigen  
2,50 M., die 3spaltige Normalzeile 10,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabedeckung  
ermäßigter Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung  
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Wiederholung 40 %.

Nr. 304

Dresden, Sonnabend den 31. Dezember 1921

32. Jahrg.

# 1922

Sofort es einen Gott der Zeit, einen Vater Chronos gäbe, der beim Jahreswechsel rücksehend die Ergebnisse des sterbenden Jahres festzustellen hätte — sein Amt würde ihm auch heuer nicht leicht fallen. Wenn alte Welten zerfallen und neue entstehen, überfließen sich die Ereignisse inmitten der Trümmerfelder, verwehren Ueberflut und gütliche Wertung. Es ist ein Spiel wie das des Götterganges: der Zeiten Schönen drängen einander empor, fallen in sich zusammen und wiederholen den Kampf scheinbar sinnlos-unnützlich.

Auf den politischen Bogen Europas treiben noch immer die Trümmer chaotischer Tage und es ist darum schwer, von dem Jahre, das heute um Mitternacht zu Grabe geläutert wird, Gutes auszusagen. Die zerstörte deutsche Wirtschaft wurde in diesen zwölf Monaten nicht gelindert, die Reibildung des Versalles Vertrages läßt noch immer auf sich warten, das Wiesbadener Abkommen, das mit seinen Erleichterungen immerhin als ein Fortschritt bezeichnet werden muß, ist von Frankreich noch nicht ratifiziert und von der übrigen Entente noch nicht anerkannt. Dagegen gestal- teten sich unsere Staatsfinanzen immer drohender. Die Raub- sankt weiter und am Weihnachtstage des deutschen Volkes hing unter andern Nebelwolken ein Bündel Steuergesetze, die 95 Milliarden Mark neuer Einnahmen schaffen sollen, ohne damit das Staatsdefizit ausgleichen zu können. Nein, das alte Jahr hat weder unsre noch des übrigen Europas Lage erleichtert. In den Siegerländern hält härtere Arbeits- losigkeit die Völker in der Jange. Dazu drückt peitschende Angst vor neuen Kriegen auf die Gemüter der Untertanen. Aber beweist die Washingtoner Abrüstungskonferenz jenes Maß politischer Vernunft, das ein selbstverständliches Ergebnis des sinnlosen Weltkriegs sein sollte? Ach nein, es wird geüßelt und geschächelt um Vor- machtsstellungen; neue Verschärfungen werden diskutiert. Das internationale Proletariat muß seine Kräfte schon energischer zusammenfassen, wenn der Eisgang der kapitalistischen Ver- fallperiode nicht noch einmal die Dämme sprengen soll. Dem daß sich in allem Verfall und Sterbekampf einer kapitalistisch gerichteten Weltordnung vollzieht, wird schließlich auch nicht- sozialistischen Augen sichtbar. Wer kann heute angehtes des völligen Verfalls der privaten Weltwirtschaft noch

hoffen, die kapitalistische Wirtschaft werde aus eigenem Kräfteverbot genügend ordnend, reinigend Kräfte sprin- gen lassen, um die Produktions-, Finanz- und Aufbau- probleme der Gegenwart zu lösen — von den Forderungen der Zukunft ganz abgesehen! Wer kann sich da noch auf die vor- wärts treibenden Geleise der Konkurrenz, auf die regelnde Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage verlassen? Diese Zeit war einmal und eines ihrer anarchischen Ergebnisse war der Weltkrieg.

Neue Jahre, neue Zeiten dämmern. Neue Wege, neue Ziele brauchen wir. Wir segeln in die Anfangsperiode der planmäßigen, nach den Interessen der Volksgemeinschaft geleiteten Wirtschaft. Diesen Kurs gilt es zielklar innezuhalten. Neue Steuern, neue Erhöhungen der Eisenbahn- und Posttarife allein tun's nicht. Das deutsche Volk muß sich davon hüten, geistig zu ermatten. Wir haben uns in den letzten Jahren oft zu leeren Hoffnungen ironisch lassen. Das Bild der treibenden Schollen, die ein kleines Abbild des großen Zeitbildes sind, läßt sich um einige grabierende Züge er- weitern. Als im November der Winter auf der Erde stromab- trieb, konnte man zwischen vereisten Ufern quatternde Wild- enten beobachten, die zwischen den Eisstücken schwammen. Warf äugend, wo etwa eingetretene Vögel sich zeigten. Von Scholle zu Scholle hetzten sie, konnten auf den gefrorenen Grund; die Schollen zerbrachen und immer wieder plätscherten die Enten zwischen Trümmern. So lassen sich auch Menschen in trüben Zeitaltern gern treiben und von verflachten Hoff- ungen narren: sie warten auf Wunder — und unter den Hilfen knarrt der Grund. Man legt den Deutschen eine gehörige Portion Gemüt nach. Ob's stimmt, sei dahin- gestellt. Aber sicher ist, daß im deutschen Volk ein poli- tischer Wunderglaube lebt, der Berge versetzen müßte, wenn das allein vom Glauben abhing. Dieser Wunderglaube hängt in der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts zusammen mit dem riesenhaltigen Aufschwung der ganzen Nation und fand politisch seinen nobelsten Aus- druck in der naiven Hoffnung, ein Siebzigmillionenvolk könne sich, gestützt auf die Spitze des Schwertes und ohne Bünd- nis mit lächerlich Nachbar, als Weltvolk behaupten. Und als die Kanonen der gegenwärtigen Uebermacht bereits eine deutsche Sprache redeten, trieb der Wunderglaube immer wieder neue Blüten: Japan wird uns helfen, Italien, Ame- rika, die Polen, die Preter, die Zander. Belgien bleibt un- ter,

wir teilen Rußland auf — und so fort, bis zu Wiffons vier- zehn Punkten! Und dann die Hoffnung auf Versailles, Sp- London, den Onkel aus Amerika oder den englisch-ameri- kanisch-japanischen Gegenstoß — immer dieselbe wirkungs- losen Einstellung auf das große Wunderbare, auf das schon Nora vergeblich wartete.

Es gibt Wunder: sie wurzeln in der eignen Kraft, in jener Tüchtigkeit, die das deutsche Volk auf anderem als poli- tischem Gebiet so manchenmal schon bewiesen hat. Um- stellung uniser Wirtschaft auf das große Ziel der plan- mäßigen Zusammenfassung uniser Kräfte — müge uns das neue Jahr auf diesem Wege energisch vorantreiben. Das Wie haben wir genugam schon erörtert, und nicht nur ein Weg führt zu diesem Ziele.

Es war seit je ein bestrebter Silbererwerb, in der Neujahrsnacht mit sicherhaftem Hofusschuss die Zukunft zu deuten. Wir brauchen kein Blei zu gießen, um das kommende Deutschland in seinen Grundrissen zu sehen. Das Funda- ment ist da. Es fehlt nur der wagende Wille, gründlichere Arbeit noch zu leisten als schon geleistet wurde. Das Volk wartet darauf und hat die letzten Hoffnungen auf den Sozia- lismus gesetzt. Aber die Entente? — fragen Zweifel. Kögen ihre Gründe noch so gewichtig klingen: keine Entente, kein auswärtiger Geogner kann die Staats- und Geielltschafts- form eines Sechzigmillionenvolkes bestimmen, wenn es einen freitügigen Willen zum eignen Leben zeigt, wenn es sein Schicksal selbst in die Hand nimmt, gewillt, die Schätze zu förbern, die die Welt braukt.

Ubraut ist wenn hier von Ubraut geredet wird. Hat der Sozialismus die Kräfte nicht, um seine Forderungen aus dem Kreise der Idee in das der Tatsachen praktisch ein- zuzutradern, so müssen wir um die Kräfte ringen. Aber klar und unverhüllt und befreit vom Nebel der Halbheit, die immer eine Gefahr ist. Es gibt, wie die wirtschaftlichen Bank- rotten der jüngsten Zeit lehren, kein Ziehenbleiben, kein Ver- horren bei dem Ertrungenen. Es gibt angesichts der unbeim- lichen Größe des europäischen Chaos nur ein Vorwärts zur Konzentration der Kräfte und zu neuen Formen, oder ein Rückwärts, von dem niemand weiß, in welchem Abgrund dies Rückwärts endet.

Das alte Jahr hat uns diese Einsicht genugam einge- bläut, müge das neue Jahr dem deutschen Volk die Kraft geben, zu wagen, wo alles Durchein und Nüchtern das schimmere Wagnis bedeutet.

## Verständigungsaussicht

Gestern, Freitag, kam es endlich zu Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Eisenbahner-Organisationen die eine Einigung und die baldige Beilegung der bereits ausgebrochenen Eisenbahnerstreiks erhoffen lassen. Im Verlauf der Verhandlungen ist zunächst die folgende Erklärung abgegeben worden:

„Die unterzeichneten Parteien des Reichseisenbahnverkehrs haben die Erklärung ab, daß zwischen ihnen über die Lohnverhältnisse der Arbeiter Verhandlungen geführt werden, die begründete Aussicht auf eine befriedigende Lösung bieten. Sie legen ent- schiedenen Wert darauf, daß an andern Orten des Reichsgebietes keine Sonderverhandlungen gepflogen werden.“

Deutscher Eisenbahnerverband, ges. Schell.  
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staats-  
bediensteten, ges. Kühne.  
Allgemeiner Eisenbahnerverband, ges. Sarayev.  
Der Reichsverkehrsminister, ges. Wesener.“

Ueber den weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlungen wird aus Berlin gemeldet:

In der sachlichen Beratung erklärten die Vertreter der Verwaltung die Bereitwilligkeit, auf dem Wege von Ueber- steuerungszuschüssen in denjenigen Orten zu helfen, in denen die Eisenbahner erheblich hinter denen der Privatindustrie zurückbleiben. Seitens der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner wurde der Antrag gestellt:

1. die Arbeiter an denjenigen Orten, die sich zur Zeit im Arbeitslohnstand in einer niedrigeren Ortsklasse befinden als im Ortsklassenverzeichnis für Beamte, einen Unterschiedsbetrag alsbald mit Rückwirkung ab 1. Oktober auszusuchen, und
2. in den andern Orten die Zuschüsse sofort einer Nachprüfung zu unterziehen und die erhöhten Beträge gleichfalls sofort an die Arbeiterchaft auszusuchen,
3. die endgültige Ortsklasseneinteilung für die Arbeiter und die endgültige Neufestsetzung der Uebersteuerungszuschüsse unter Einbeziehung weiterer Orte mit Rücksichtnahme in die Hand zu nehmen.
4. eine Verpflichtung realerungsseitig dahin zu über- nehmen, daß die Neuregelung der Bezüge des gesamten Personal, die für den Monat Januar in Aussicht genommen ist, gleichfalls beschleunigt werden. — Dagegen werden

5. die Organisationsverpflichtet, die im Streit befindlichen Verträge wieder in die Betriebe zurückzuführen.

Die Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes erklärten sich mit diesen Anträgen einverstanden. Von den Vertretern der Verwaltung wurde der Antrag in den Paragraphen 2 bis 4 grundsätz- lich gutgeheißen, dagegen die Ziffer 1 nachdrücklich bekämpft. Eine Einigung hierüber war zunächst nicht zu erzielen.

In der noch länger vertagten fortgesetzten sachlichen Beratung behielt die Verwaltung ihren sachlichen Stand- punkt hinsichtlich der Ziffer 1 bei. Von einem Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner wurde sodann ein weiter- er Antrag gestellt, durch allgemeine, an das Personal aus- erlassene Beihilfen der größten Not abzuhelfen. Der Vor- setzende erklärte, daß für diese Frage der Beihilfen das Reichskabinett zuständig sei. Er schlug daher vor, die Ver- handlungen abzubrechen und ihre Fortsetzung auf heute vor- mittag 11 Uhr anzuberaumen. Diesem Vorschlag schloß sich die Versammlung an.

Die auf gestern nachmittag anberaumt gewesene Sitzung des Reichskabinetts, in der die For- derungen der Eisenbahner besprochen werden sollten, wurde ebenfalls auf heute vormittag verschoben. Dagegen hatte der Reichskanzler eine eingehende Aussprache mit dem Vize- kanzler Bauer, dem Reichsverkehrsminister Groener und dem Reichsfinanzminister Dr. Vermes über diese Frage.

Die Verhandlungen und Verständigungsbemühungen werden also heute fortgesetzt werden. Im Interesse des Volksganges ist zu wünschen, daß sie weiter günstig verlaufen und das baldige Ende des ausgebrochenen Kampfes der Eisenbahner ermglichen möchten.

Die Reichspresse, die ihre Hauptaufgabe bisher in der Dege gegen den Deutschen Eisenbahnerverband sah, sucht trotz der angebahnten Verhandlungen die Reichsregierung zu einer entschiedenen Ablehnung aufzumuntern und freut sich bereits über die „fristlose Entlassung der Tarifdrücklinge“, die die Regierung ausgesprochen haben soll. Die Aufmunte- rungen der reaktionären Presse waren selbstverständlich er- folglos, und auch der Wunsch auf „fristlose Entlassung“ ist noch nicht verwirklicht, und wird auch nicht verwirklicht werden. Mit welchen Gedanken sich die Eisenbahnerträgt, be- denken die Meldungen über den Eisenbahnerstreik, unter- weilen die Meldungen über die Maßnahmen gegen die Streikaktion sind bisher nicht eingeleitet — also ein Wider-

spruch gegen die bereits als vollzogen gemeldete Entlassung — Verhaftungen von Vorstandsmitgliedern der streik- tenden Bezirksorganisationen sind bisher nicht erfolgt.“ Den Mut, offen auszusprechen, daß die Reichs-Verhaftung der Vorstandsmitglieder des Deut- schen Eisenbahnerverbandes wünscht, wurde nicht aufge- bracht, sondern man dachte, durch diese harmlos erschei- nende Notiz die Regierung auf das aufmerksam zu machen, was man in den Kreisen des Herrn Dergt als unbedingt notwendig empfand. Wir dürfen den Herrschaften mitteilen, daß, so lange Sozialdemokraten in einer Regierung sitzen, Ver- stimmung waltet, und man nicht daran denkt, das Unheil durch kaum glaubliche Provokationen noch zu vergrößern. Das als Trost für die Herren der Rechten, die in Zukunft ihre Weis- heiten, die erfolglos sind, unterlassen mögen.

### Die Ursache der Bewegung

In einer Zuschrift des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den Vorstand über die He- fungen der Bewegung wird ausgeführt: Kaum jemals zuvor war ein Eisenbahnerstreik verhängnisvoller als augenblicklich, und gerade deshalb mußten alle interessierten Kreise den Versuch machen, so schnell wie möglich eine Verständigung herbei- zuführen. Es steht jedenfalls sehr viel auf dem Spiele. In erster Linie ist es die Kohlennot, die besonders in den letzten Wochen das Reichsgebiet bedroht. Auf Grund dieser Lage haben sich im Laufe des ganzen Monats Dezember Verhandlungen zwischen den Eisenbahnen und der Regierung statt. Bei einer Beilegung am 24. Dezember, an der der Reichsverkehrsminister Groener teilnahm, mußte, wie die Zuschrift berichtet, ein höherer Beamter des Verkehrsministeriums, der eben aus dem In- dustrgebiet zurückkehrte, war, angeben, daß beispielsweise die Wöhne der Eisenbahnarbeiter in keinem Verhältnis zu den Löhnen der Privatindustrie stehen und eine Neuregelung sofort erfolgen müßte. Den Hinweis, daß nach den Verhandlungen mit der Regierung abzu- zu rechnen sei, glaubte Minister Groener mit der Forderung abzu- zu tun, daß die Situation nicht so ernst sei, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern hingestellt wurde. Demnach lag bereits ein Telegramm des Deutschen Eisenbahnerverbandes vor, daß der Streik nicht mehr aufzuhalten sei. Auf Grund dieser Sachlage reichten in der Nacht vom 26. bis 27. Dezember drei Vertreter des Vorstandes nach Oberfeld, um sich an Ort und Stelle zu infor- mieren und, falls der Streik nicht mehr aufzuhalten sei, ihn im nachhinein bannen zu lassen. Das ist in gewisser Weise geschehen. Die Regierung erklärt imhinein, daß die Verant- wortung für den Streik dem Verkehrsministerium und der Reichsregierung zufalle. Es muß festgehalten werden, daß der Streik durch eine angemessene Vorzahlung, die die Reichs-